

Landesgruppe Niedersachsen

Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag •

Die politische Lage in Deutschland Stabilitätsanker Bundeshaushalt Alle Parteien haben Anlass nachzudenken

Auf der Klausurtagung des Fraktionsvorstandes haben wir in der vergangenen Woche vor allem die Weichen für mehr innere und äußere Sicherheit gestellt. Unser Gast, NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, sprach sich für eine klare Haltung gegenüber Russland aus und lobte den deutschen Einsatz für ein friedliches, aber selbstbewusstes Europa. Gleichzeitig haben wir mit unserem Positionspapier zur inneren Sicherheit weitere Möglichkeiten zusammengestellt, mit denen der islamistische Terrorismus bekämpft werden soll. Darüber hinaus wollen wir Kinderehen in Deutschland verbieten. Arrangierte Ehen mit 14 oder 15 Jährigen sind mit unseren Werten unvereinbar. Schließlich haben wir beschlossen, die Digitalisierung der Bildung, der Wissenschaft und der Forschung durch fünf zusätzliche Initiativen ab 2017 zu verstärken.

Im Mittelpunkt dieser Woche standen – wie in den ersten Beratungen nach den sitzungsfreien Wochen im Sommer üblich – der Bundeshaushalt und die Finanzplanung für die kommenden Jahre. Mit dem Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017) sowie dem Finanzplan des Bundes 2016 bis 2020 stellte Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble den Regierungsentwurf mit seinen Schwerpunkten vor. Demnach bleibt der Bundeshaushalt in jedem Jahr bis 2020 ausgeglichen, wobei im kommenden Jahr eine Einnahmen- und Ausgabensteigerung von jeweils 3,7 Prozent auf 328,7 Mrd. Euro geplant ist. Die gesamtstaatliche Schuldenstandsquote wird in diesem Jahr voraussichtlich unter 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sinken und soll bis zum Jahr 2020 unter die Maastricht-Grenze von 60 Prozent fallen. Das wäre dann das erste Mal seit dem Jahr 2002.

Sowohl im Bundeshaushalt 2017 als auch in der mittelfristigen Finanzplanung setzen wir unsere Schwerpunkte auf die innere und äußere Sicherheit sowie den Ausbau der Infrastrukturinvestitionen. Wir stocken etwa die Ausgaben für innere Sicherheit bis 2020 um insgesamt fast 2,6 Mrd. Euro auf. Für Arbeit und Soziales geben wir Milliarden mehr aus, in Bildung und Forschung investieren wir im nächsten Jahr 1,2 Mrd. Euro mehr. Das alles kommt den Bürgern konkret zu Gute.

Mit dem Bundeshaushalt 2017 haben wir weiterhin die Chance, die gesamte Wahlperiode ohne Neuverschuldung zu gestalten. Das haben wir vor der Wahl versprochen und das halten wir jetzt ein. Die Politik der ausgeglichenen Haushalte ist jedoch kein Selbstzweck, keine fixe Idee von uns, wie uns oft insbesondere von Parteien des linken Spektrums vorgehalten wird. Wir denken dabei vor allem an die kommenden Generationen. Wir hinterlassen unseren Kindern eine schwere Hypothek, wenn wir immer mehr Schulden anhäufen, um unsere politischen Ziele der Gegenwart zu verwirklichen. Andere Parteien mögen darauf setzen, unser Verständnis von Verantwortung sieht anders aus. Deshalb

haben wir die Verschuldungspolitik konsequent beendet. Und dennoch erarbeiten wir uns durch kluge Prioritätensetzung die Spielräume zur politischen Gestaltung. Auch dieser Vorwurf der Opposition greift – wie so oft – ins Leere. Die Menschen sehen dadurch allerdings auch, wie hemmungslos linke Parteien mit ihrem Geld umgehen. Wir dagegen bemühen uns, die Bürger weiter zu entlasten. Es ist unserer soliden Finanzpolitik zu verdanken, dass wir dazu überhaupt die Chance haben.

Ein Ereignis vom Sonntag hat ebenfalls in dieser Woche für Gesprächsstoff gesorgt: Das Abschneiden der CDU bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern ist enttäuschend, darum muss man nicht herumreden. Von einer erstmals im Landtag vertretenen Partei auf den dritten Platz verwiesen zu werden, ist eine bittere Erfahrung. Aber wir dürfen nicht ignorieren, dass die SPD und die Linkspartei noch größere Verluste eingefahren haben. Die Grünen sind sogar aus dem Schweriner Landtag ausgeschieden. Alle Parteien haben spürbar an die Protestpartei verloren. Die Wahl zeigt, dass die Flüchtlingspolitik den Ton der Debatte bestimmt hat. Die verbesserte Wirtschaftslage des Landes, die sinkende Arbeitslosigkeit, steigende Löhne, steigende Renten, alles das spielte nur eine untergeordnete Rolle. Die Bürger haben Sorgen in der Flüchtlingsfrage: Werden nochmal so viele kommen wie im letzten Jahr? Kehren die Nicht-Verfolgten auch tatsächlich in ihre Heimatländer zurück?

Darauf geben wir als Union eine klare Antwort: Eine solche Situation wie im letzten Jahr wird sich nicht mehr wiederholen. Daran arbeiten wir seitdem mit aller Entschlossenheit auf nationaler und internationaler Ebene: Dazu gehört auch die Zusammenarbeit mit der Türkei, einem Partner, bei dem wir nicht mit allen Aktivitäten einverstanden sind. Wir haben national das Asylrecht verschärft, wir stellen Milliarden für die Integration zur Verfügung, wir lassen Flüchtlinge früher arbeiten. Aber es sind noch Vorhaben offen und hier sind SPD und Grüne gefordert: Sigmar Gabriel soll in den rot geführten Landesregierungen dafür sorgen, dass der Bundesrat Tunesien, Algerien und Marokko zu sicheren Herkunftsländern erklärt. Damit könnte er einen konkreten Beitrag zur weiteren Reduzierung der Asylbewerberzahlen leisten.

Es bleibt auch noch einiges zu tun: Bei der Rückführung der abgelehnten Asylbewerber müssen Bund und Länder ihre Anstrengungen verstärken. Der Schutz der EU-Außengrenzen muss intensiviert, Frontex zu einer richtigen europäischen Grenzpolizei ausgebaut werden. Schließlich müssen wir unsere Erfolge auch besser kommunizieren, denn die Zahl der zu uns kommenden Flüchtlinge ist seit dem Frühjahr deutlich gesunken. Wir lassen uns den Mut nicht nehmen und packen weiter an, auch um die Wahlkämpfe in Niedersachsen und in Berlin zu unterstützen. Die Union ist und bleibt die Kraft, die die besten Antworten auf die vielen Herausforderungen unserer Zeit hat.

Die Woche im Parlament

Allgemeine Finanzdebatte. Die Aussprache begann mit einer Zusammenfassung der Haushalte 2017 des Bundesministeriums der Finanzen, des Bundesrechnungshofes, der Bundes-schuld und der Allgemeinen Finanzverwaltung. Danach folgten im Wochenverlauf die Debatten zu den Einzeljets:

Bundesministerium des Innern. Die Ausgaben für die innere Sicherheit sollen bis 2020 deutlich um insgesamt 2,6 Mrd. Euro aufgestockt werden. Vor allem das Bundeskriminalamt, die Bundespolizei und das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik werden personell gestärkt. Hierfür sind 2017 gut 2.000 neue Stellen vorgesehen. In den parlamentarischen Beratungen wollen wir 4.500 weitere Stellen für den Zeitraum 2017 bis 2020 beschließen. Damit bleiben wir der Motor für die innere Sicherheit in der Koalition. Bislang weist der Regierungsentwurf für 2017 Ausgaben in Höhe von rund 8,34 Mrd. Euro auf, d.h. rund 6,9 Prozent mehr als der Sollansatz 2016.

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Der Regierungsentwurf sieht 2017 einen Ausgabenanstieg um rund 301 Mio. Euro auf rund 5,9 Mrd. Euro vor. Schwerpunkt sind wegen des wirtschaftlich schwierigen Strukturwandels Zuschüsse von rund 3,9 Mrd. Euro zum agrarsozialen Sicherungssystem. Das Liquiditätsprogramm Milch sieht für Deutschland 58 Mio. Euro vor. Der Deutsche Bundestag kann das bis zur Verabschiedung des Haushaltes ggf. noch erhöhen. Für präventiven Hochwasserschutz werden dem Etat wieder 100 Mio. Euro bereitgestellt. Insgesamt 40 Mio. Euro stehen für die Weiterentwicklung der Gemeinschaftsaufgabe im Bereich der ländlichen Entwicklung zur Verfügung, so dass nunmehr auch Investitionen in nichtlandwirtschaftlichen Kleinstbetrieben, in kleine Infrastrukturen oder auch zugunsten des ländlichen Tourismus gefördert werden können.

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Für 2017 sind Ausgaben von rund 7,4 Mrd. Euro vorgesehen. Einen Schwerpunkt bildet die technologieoffene Förderung des innovativen Mittelstandes mit einem Gesamtvolumen von 804 Mio. Euro. 548 Mio. Euro davon entfallen auf das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand. Der Förderbereich Digitale Agenda soll mit rund 174 Mio. Euro gefördert werden. Hinzu kommt die Finanzierung eines Mikroelektronikprogramms zur Steigerung von Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit in der europäischen Industrie mit Ausgaben von 50 Mio. Euro sowie Verpflichtungsermächtigungen von 800 Mio. Euro in 2017. Größter Ausgabenschwerpunkt des Einzelplans ist mit 1,6 Mrd. Euro der Bereich Luft- und Raumfahrt.

Bundesministerium der Verteidigung. Angesichts wachsender internationaler Gefahren wird der Verteidigungshaushalt im Regierungsentwurf im kommenden Jahr um 1,7 Mrd. Euro auf rund 36,6 Mrd. Euro und im neuen Finanzplan um insgesamt rund 10,2 Mrd. Euro angehoben. Für internationale Einsätze ist im Regierungsentwurf für 2017 ein Anstieg der Zusatzausgaben um 370 Mio. Euro auf 730 Mio. Euro veranschlagt. Maßgeblich sind Einsätze gegen die Terrororganisation IS, in Mali, im Mittelmeer und in Afghanistan.

Bundesministerium für Gesundheit. Der Entwurf enthält Ausgaben von insgesamt rund 15,1 Mrd. Euro. Der Bundesszuschuss für die gesetzlichen Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen an den Gesundheitsfonds soll 2017 gegenüber 2016 um 500 Mio. Euro auf 14,5 Mrd. Euro angehoben werden und in dieser Höhe langfristig festgeschrieben werden. Die Ausgaben für die Förderung der freiwilligen privaten Pflegevorsorge erhöhen sich im kommenden Jahr wegen der Umsetzung des Anspruches auf eine staatliche Zulage für private Pflegezusatzversicherungen um rund 6,75 Mio. Euro auf rund 45,75 Mio. Euro. Die Ausgaben für Maßnahmen zur Verbesserung der Situation Pflegebedürftiger erhöhen sich auch wegen der Einsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs von 3,9 Mio. Euro im Jahr 2016 auf 4,9 Mio. Euro.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Die Ausgaben des größten Bundesetats sollen um 6,7 Prozent auf 138,6 Mrd. Euro ansteigen. Wegen der aktuellen Flüchtlingssituation steigen die Leistungen beim Arbeitslosengeld II und bei der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft und Heizung. Für das geplante Bundesteilhabegesetz sind für die vier Jahre von 2017 bis 2020 insgesamt gut 1,6 Mrd. Euro Haushaltsausgaben des Bundes berücksichtigt. Gemäß einer Einigung im Koalitionsausschuss darf im laufenden Gesetzgebungsverfahren diese Kostenbelastung des Bundes nicht überschritten werden.

Bundesministerium für Verkehr und Digitale Infrastruktur. Die Ausgaben sollen 2017 um 9,2 Prozent auf rund 26,8 Mrd. Euro ansteigen. Für Investitionen in die Verkehrsträger Straße, Schiene und Wasserstraße und den kombinierten Verkehr stehen rund 12,8 Mrd. Euro zur Verfügung. Dies ist ein Anstieg um rund 25 Prozent seit Beginn der Legislaturperiode. Für den Breitbandausbau werden 2017 bis 2020 zusätzliche 1,3

Mrd. Euro zu den bisher vorgesehenen 2,7 Mrd. Euro bereitgestellt. Damit sollen unterversorgte Gebiete, in denen kein privatwirtschaftlicher Netzausbau zu erwarten ist, unterstützt werden.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Der Einzelplan steigt auf rund 9,2 Mrd. Euro. Der weitaus größte Anteil entfällt auf das Elterngeld, das um 400 Mio. Euro auf 6,2 Mrd. Euro anwächst. Einen weiteren Schwerpunkt bilden Extremismusprävention und Demokratieförderung. Für vielfältige Programme im gesamten Bereich des Familienministeriums stehen insgesamt rund 1,55 Mrd. Euro zur Verfügung.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Insgesamt sollen 5,45 Mrd. Euro bereit stehen. Für den Bereich sozialer Wohnungsbau sieht der Regierungsentwurf eine Verdoppelung der Zahlungen des Bundes an die Länder in den Jahren 2017 bis 2019 auf jährlich über 1 Mrd. Euro vor. Über die Verwendung weiterer für den Wohnungsbau eingestellter Mittel von 500 Mio. Euro pro Jahr ist in den Haushaltsberatungen zu entscheiden. Für die soziale Stadtentwicklung und den Stadtbau sind jährlich 300 Mio. Euro an Programmmitteln zusätzlich vorgesehen. Die Programmmittel „Kriminalprävention durch Einbruchmittel“ werden im Regierungsentwurf um 40 Mio. Euro auf nunmehr 50 Mio. Euro aufgestockt.

Bundesministerium für Bildung und Forschung. Der Etat hat bei uns weiterhin hohe Priorität. 2017 stehen im Regierungsentwurf knapp 17,6 Mrd. Euro zur Verfügung. Gegenüber 2016 sind dies rund 1,2 Mrd. Euro mehr. Im Vergleich zum Regierungsantritt im Jahr 2005 ist das mehr als das Doppelte. Für den Hochschulpakt stehen damit rund 2,8 Mrd. Euro zur Verfügung, der Pakt für Forschung und Innovation wird fortgesetzt. Die Ausgaben für die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Max-Planck-Gesellschaft, die Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz, die Fraunhofer-Gesellschaft und die Zentren der Helmholtz-Gemeinschaft werden erneut um 3 Prozent gesteigert, und zwar allein durch den Bund.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Die Ausgaben sollen im Haushaltsjahr 2017 wiederum ein Rekordniveau erreichen und rund 8 Mrd. Euro betragen. Dabei wirken sich die Anstrengungen zur Bekämpfung der Fluchtursachen signifikant aus. Nach der letzten OECD-Statistik liegt Deutschland in absoluten Werten an dritter Stelle der Gebernationen hinter den USA und Großbritannien.

Daten und Fakten

Deutschland profitiert von Globalisierung. Durch die voranschreitende Globalisierung hat sich das deutsche Bruttoinlandsprodukt seit dem Jahr 1990 jährlich um durchschnittlich 1.130 Euro pro Kopf erhöht. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Bertelsmann Stiftung, die dazu die Auswirkungen der Globalisierung auf 42 Staaten – darunter sowohl Industrienationen als auch Schwellenländer – untersucht hat. Zwar geht die durch einen Index gemessene Globalisierung seit der Wirtschafts- und Finanzkrise 2007 flächendeckend zurück, trotzdem erzielt Deutschland zusammen mit weiteren Industrieländern wie Japan, der Schweiz, Finnland und Dänemark immer noch die höchsten globalisierungsbedingten Zuwächse beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf. Die fortschreitende Globalisierung sorgte dafür, dass das Bruttoinlandsprodukt in der Gesamtheit aller 42 untersuchten Länder seit 1990 im Schnitt um fast 970 Mrd. Euro pro Jahr gewachsen ist – dies entspricht in etwa der Wirtschaftsleistung einer mittelgroßen Volkswirtschaft wie Spanien oder Südkorea.

(Quelle: Bertelsmann Stiftung)

CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag
Landesgruppe Niedersachsen

Vorsitzender:
Dr. Mathias Middelberg MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 – 227 79498
Fax: 030 – 227 70139
Email: stefan.krueppel@cducsu.de
Internet: www.lg-nds.de

Diese Veröffentlichung der Landesgruppe dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.